

Dieses Denkmal bauen wir ja nicht für uns selbst

Wie soll der Opfer des deutschen Vernichtungskriegs im Osten Europas gedacht werden? Ein Kollektivmonument für alle Völker würde keines der gemeinten verstehen. Eine Antwort auf Martin Aust.

Von Jochen Böhler

An einem angemessenen Gedenken an die Opfer deutscher Verbrechen in Osteuropa zwischen 1939 und 1945 scheiden sich die Geister. Der Bonner Osteuropa-Historiker Martin Aust, vormals Unterstützer eines Hauptstadtdenkmal für die Opfer, die Krieg und Besatzung in Polen gefordert haben, plädierte unlängst an dieser Stelle unter dem Titel "Alle Toten verdienen denselben Respekt" (F.A.Z. vom 27. August) stattdessen für ein Denkmal aller Opfer des deutschen Vernichtungskrieges. Doch hat ein "Polen-Denkmal" die besseren Argumente auf seiner Seite, ein "Denkmal für alle" dagegen einen entscheidenden Webfehler. Das Wichtigste zuerst: Dass alle Toten den gleichen Respekt verdienen, ist eine Auffassung, die selbstverständlich die Anhänger beider Initiativen teilen. Entscheidend ist aber: Soll ein Denkmal für die Opfer deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen in Osteuropa ausschließlich an ein deutsches Publikum gerichtet sein, oder sollten wir dabei mitberücksichtigen, welche Gefühle es bei den wenigen heute noch lebenden Zeitzeugen und den unzähligen Familien derjenigen hervorrufen wird, denen es eigentlich gewidmet ist?

Um diese mit einem Denkmal in Berlin nicht vor den Kopf zu stoßen, bedarf es eines differenzierten Ansatzes. Die Opfer von NS-Vernichtungskrieg und -politik im Osten Europas dürfen nicht über einen Kamm geschoren werden. Das Schicksal der Bevölkerung eines der ehemals deutsch besetzten Länder, wie etwa des tausendjährigen direkten Nachbarn, als Adressat des Gedenkens lässt sich gerade noch mit den begrenzten Möglichkeiten eines Denkmals darstellen. Alles, was darüber hinausgeht, muss an inneren Widersprüchen und Reduzierungen scheitern und wird daher in seiner ungewollten Anonymität oder Diffusität "des Ostens" weder von deutschen Schulklassen noch von Überlebenden und Nachkommen aus unseren östlichen Nachbarländern verstanden und angenommen werden.

Wir Deutschen würden wieder auf unsere traditionellen Denkmuster vom weiten, ja unheimlichen "Osten" Europas hereinfallen. Wir hätten immer noch nicht verstanden, dass es diesen Osten gar nicht gibt. Deshalb ist es richtig, was im Koalitionsvertrag steht: "Wir stärken in der Hauptstadt das Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten im Dialog mit den osteuropäischen Nachbarn." Bei diesen wird sich keine Gruppierung finden, die sich als Opfer "im Osten" ohne nähere Spezifizierung angesprochen fühlt. Gerade ein grenzübergreifendes Verstehen sollte uns aber in diesem Zusammenhang unbedingt am Herzen liegen.

Und deshalb ist das angestrebte "Polen-Denkmal" auch ein Denkmal für die Menschen, die im Land Polen unter deutscher Besatzung lebten und litten. Bei Gesprächspartnern in Deutschland begegnet mir immer wieder (unabhängig von Bildungsstand und Parteibuch) weitgehende Unkenntnis darüber, was die deutsche Besatzung für die Zivilbevölkerung Vorkriegspolens, -litauens, -weißrusslands und so weiter konkret bedeutet hat - im Alltagsleben, aber auch in letzter grausamer Konsequenz im Sterben. Und bei meinen Gesprächspartnern in Polen - da finden sich Opfer der deutschen Besatzung

buchstäblich in jeder Familie - herrscht (ebenfalls unabhängig von der politischen Orientierung) eine tiefe Enttäuschung, oft gar Verbitterung eben genau darüber.

Von Kollegen weiß ich, dass sich diese Konstellation in jedem anderen ehemals besetzten Land in Osteuropa genau so wiederfindet. Polen als Deutschlands in dieser Hinsicht größtem "unbekanntem" Nachbarn und Hauptschauplatz der Schoa kommt aber eine besondere Bedeutung zu. Es kann uns nicht gleichgültig sein, dass direkt neben uns fast vierzig Millionen (und unter uns etwa zwei Millionen) Menschen leben, mit denen uns eine dermaßen komplizierte und belastete Geschichte verbindet, über deren Realität bis 1945 und Bedeutung seit 1945 der Durchschnittsbürger hierzulande aber so gut wie nichts weiß. Ein "Polen-Denkmal" würde hier ein Zeichen setzen und zugleich unbedingt notwendige Aufklärungsarbeit anstoßen und zum Nachdenken anregen. Kritiker werfen den Initiatoren eines "Polen-Denkmal" vor, das Tor zu einer "Nationalisierung des Opferdiskurses" zu öffnen. Das Gegenteil ist der Fall: Aust selbst weist zu Recht darauf hin, dass Länder wie Polen ethnische Schmelztiegel waren. Die Initiative will nicht ethnischer Polen, sondern der Bürger der Zweiten Polnischen Republik - zu denen zählten 1939 eben unter anderen auch Juden und Ukrainer - gedenken, die den Deutschen während des Zweiten Weltkrieges auf unterschiedliche Art zum Opfer fielen. Indem man Staatsbürgerschaft statt ethnischer Zuordnung zum Kriterium macht, leistet man also nicht einer unseligen "Opferkonkurrenz" (ein furchtbares Wort) Vorschub - man vermeidet sie.

Auch wird gerne - wie von Aust - mit der tagesaktuellen nationalen Geschichtspolitik in Ländern wie Russland, der Ukraine oder Polen argumentiert, der man mit einem "Länder-Denkmal" angeblich Vorschub leisten würde. Wir sollten aber bedenken, dass generationelle Erfahrungen - und Denkmäler - eine längere Haltbarkeit haben als Legislaturperioden. Den Opferdiskurs innerhalb der ehemals besetzten Länder sollten wir als Land der ehemaligen Täter deren Gesellschaften heute - respektvoll - selbst überlassen. Wir "europäisieren" ihn jedenfalls nicht durch ein "Denkmal für alle" in Berlin.

Respekt für alle Opfer heißt daher nicht automatisch ein Gedenkort oder ein Denkmal für alle Opfer. Ich bin mir sicher: Die Bürger keines ehemals deutsch besetzten Landes im Osten oder Westen Europas würden sich durch ein Denkmal geachtet fühlen, das dessen Geschichte im Zweiten Weltkrieg und somit dessen Opfern nicht gerecht wird. Ostpolen war von 1939 an, Litauen, Estland und Lettland waren von 1940 an von der Sowjetunion brutal besetzt, deren Bürger dann wiederum selbst von 1941 an - wie der Westen der Tschechoslowakei und Polens schon von 1939 an - Opfer der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik in Ost- und Südosteuropa wurden.

Diese komplizierte Konstellation wirft die Frage nach dem Wechsel der Sowjetunion von der Täter- auf die Opferseite auf, der sich in einem "Denkmal für alle" nicht gebührend abbilden lässt: Wie soll man der Opfer in den zuerst sowjetisch besetzten Ländern gemeinsam mit den Opfern deutscher Verbrechen in der Sowjetunion angemessen gedenken, ohne das Andenken Ersterer zu beschädigen und somit Millionen unserer Nachbarn vor den Kopf zu stoßen? Im Falle Litauens, Lettlands, Estlands oder Ostpolens fänden sich an einem solchen kollektiven Gedenkort die Opfer sowjetischer Liquidierungsmaßnahmen von 1940/41 - eine direkte Folge der deutsch-sowjetischen Komplizenschaft in den ersten beiden Kriegsjahren und somit eben auch der deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa - mit vielen ihrer Mörder und deren Helfern vereint, und das ist höchst problematisch. Die bereits bestehenden Denkmäler - für die ermordeten Juden, Sinti und Roma Europas, für die Opfer der "Euthanasie"-Morde sowie für die verfolgten Homosexuellen - sind diesem furchtbaren inneren Widerspruch nicht ausgesetzt.

Eine kollektive Form des Gedenkens wäre natürlich einfacher, als sich mit den Wirren des Zweiten Weltkrieges, vor allem mit der gewaltsamen Zerschlagung und Besetzung der Länder zwischen

Deutschland und Russland durch das Dritte Reich (bis 1941 im Schulterschluss mit der Sowjetunion), auseinanderzusetzen. Aber den Hitler-Stalin-Pakt, der bei Aust keine Erwähnung findet, können und dürfen wir nicht einfach mit einem Denkmal in der Mitte der deutschen Hauptstadt zu einer Randnotiz der deutschen Geschichte machen.

Ein "Polen-Denkmal" dagegen birgt in sich die Chance, die Bürger unserer beiden durch die deutschen Kriegs- und Besatzungsverbrechen entzweiten Länder einander näherzubringen. Am Ende eines solchen Prozesses könnte irgendwann Versöhnung stehen. Sollte das nicht der eigentliche Sinn und Zweck eines solchen Denkmals sein?

Jochen Böhrer ist Historiker am Imre Kertész Kolleg und lehrt Osteuropäische Geschichte mit Schwerpunkt Erster und Zweiter Weltkrieg an der Schiller-Universität Jena.